

2016/1

/.attac



brennpunkte • rückblicke • ausblicke



**ZAHLEN,
DATEN, FAKTEN
FÜR MEHR
GERECHTIGKEIT**



Die E-Papers der Arbeiterkammer

AK Aktuell, Arbeit & Wirtschaft, Arbeitsmarkt im Fokus, Das Recht der Arbeit, EU Infobrief, Gesundheit & Soziales, INFAS, Ifam Info, Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell, Statistische Informationen, Wirtschaft & Gesellschaft, Wirtschaft & Umwelt, Wirtschaftspolitik – Standpunkte, Österreich in Zahlen

Analyse und Gesellschaftskritik einfach runterladen:
wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

%attac

inhaltsverzeichnis

Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte

EU-Kapitalmarktunion 5
 Pariser Klimavertrag - kein Grund zum Feiern 6
 CETA: TTIP durch die Hintertür 8
 Anders handeln 10
 Die EU in der Krise 11
 Fünf-Präsidentenbericht der EU 12
 Finanztransaktionssteuer 13
 Budgetpolitik geht anders 14
 Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen! 15

rückblicke

15 Jahre Attac! 16
 Gutes Leben für alle 18
 AktionsAkademie 19
 SommerAkademie 20
 Ernährungssouveränität 21
 Aus den Attac-Gruppen 22
 Projekt Bank für Gemeinwohl 26

ausblick

Attac 2016 27

Impressum

Attac Österreich Magazin 2016/1
 Attac Österreich Jahresbericht 2015

Attac Österreich
 Netzwerk zur demokratischen Kontrolle
 der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25

A-1050 Wien

Tel: 01/544 00 10

Fax: 01/544 00 59

Internet: www.attac.at

E-Mail: infos@attac.at

IBAN: AT552011182424891500

BIC: GIBAAATWWXXX

Grafik: Marta Gomez, Wolfgang Homola,
 Anne Lange, Zoltán László, Julia Löw &
 Isabella Zieritz

Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG,
 Auflage: 6.500 Stück

Für den Inhalt verantwortlich:
 Attac Österreich

Fotos (wenn nicht anders angegeben):
 Attac Österreich

Inseratenakquisition: Monika Stadler &
 Wilhelm Zwirner

Redaktion: Barbara Cäcilia Supper,
 David Walch & Wilhelm Zwirner

Gesamtkoordination:
 Barbara Cäcilia Supper

(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2016

die würde des menschen verteidigen!

Wir blicken mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf das turbulente Jahr 2015 zurück.

Einerseits gab es klare Erfolge: Zum Beispiel gelang es uns TTIP, CETA und TiSA weiter in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und den Abschluss der TTIP Verhandlungen Ende 2015 gemeinsam mit vielen anderen zu verhindern. Mit „System Change, not Climate Change!“ entstand rund um den UN-Klimagipfel in Paris eine neue Bewegung, die auch in Zukunft für eine solidarisch-nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise eintreten wird.

Andererseits hielt uns 2015 ein beispielloser Angriff auf die gewählte Regierung Griechenlands durch IWF, EZB und EU-Kommission in Atem.

Die brutale Durchsetzung der neoliberalen Kürzungspolitik in Griechenland und ihre fatalen Folgen für die Bevölkerung lassen uns zunehmend an den Möglichkeiten einer sozialeren und demokratischeren EU zweifeln. Dabei ist ein solidarisches Europa zur Bewältigung der vielfachen Krise notwendiger denn je. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das angesichts von flüchtenden Menschen nicht von Zäunen und Obergrenzen spricht, sondern für eine sozial gerechte, demokratische und ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Friedenspolitik eintritt. Die politischen Reaktionen auf die Terroranschläge von Paris im Jänner und November schränkten hingegen die BürgerInnenrechte weiter ein und bedrohen somit zivilgesellschaftliches Engagement durch Kriminalisierung.

Attac hat gemeinsam mit einem wachsenden Kreis von engagierten Menschen 2015 vieles auf die Beine

Vorwort des Vorstands von Attac Österreich

4

gestellt! Im Februar kamen 700 TeilnehmerInnen zum „Gutes Leben für Alle-Kongress“ an die WU Wien, der von Attac mitveranstaltet wurde. Im Zuge der Debatte um die Steuerreform zeigten wir mit der neuen Initiative Femme Fiscale kritisch auf, dass emanzipatorische und zukunftsorientierte Budget- und Steuerpolitik anders geht. Und es wäre nicht Attac, würden wir unsere Forderungen nicht auf die Straße tragen: Alleine zur TTIP-Demo im April kamen 22.000 Menschen! In diesem Magazin findet ihr zudem Analysen zu den Themen Finanzmärkte und EU sowie zu Flucht, Migration und Paris.

Eine tragende Rolle unserer politischen Netzwerk- und Bildungsarbeit spielten Attac-AktivistInnen und Attac-Gruppen, die zahlreiche Veranstaltungen wie Filmscreenings, Diskussionspodien, Griechenland-Solidaritätskundgebungen, Demos gegen TTIP & Co., agrarpolitische Picknicks und vieles mehr österreichweit organisiert haben. Mehr zur Arbeit der Attac-Gruppen findet ihr in der Rubrik „Rückblicke“.

Wir bedanken uns bei all unseren AktivistInnen, Mitgliedern, SpenderrInnen und KooperationspartnerInnen für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2015 und wünschen euch eine interessante Lektüre!

Euer Attac Vorstandsteam

Foto: Manuel Zauner

die EU-kapitalmarktunion

wunschkonzert der finanzindustrie

Im September 2015 präsentierte EU-Kommissar Jonathan Hill den Aktionsplan für die Europäische Kapitalmarktunion. Rund acht Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers stehen damit Reformen an, die das Finanzsystem nicht sicherer machen, sondern im Gegenteil das systemische Risiko sogar weiter erhöhen.

Mit der Kapitalmarktunion soll der europäische Finanzmarkt stärker integriert und die Rolle der Finanzmärkte bei der Finanzierung von Unternehmen - vor allem bei Klein- und Mittelunternehmen (KMU) - ausgebaut werden. Damit soll sich Kontinentaleuropa stärker dem angloamerikanischen Modell annähern.

Der Ausbau der Unternehmensfinanzierung etwa über Schattenbanken (z. B. Hedgefonds) führt jedoch lediglich zur weiteren Aufblähung des

Finanzsektors und noch unkontrollierbarer Risiken. Ebenfalls problematisch: Die Verfügbarkeit von Mitteln am Kapitalmarkt ist stark prozyklisch. In Boomphasen werden damit Blasenbildungen verstärkt, in Krisenzeiten fehlt es erst recht an Kapital für Investitionen. Um die Stabilität des Finanzsektors zu sichern sollten stattdessen Banken auf ihr Kerngeschäft, nämlich die Verwaltung von Spareinlagen und Vergabe von Krediten, rückgeführt werden.

Teil des Plans ist auch „hochwertige Verbriefungen“ zu fördern um damit KMU die Finanzierung zu erleichtern. Bei Verbriefungen werden viele verschiedene Kredite gebündelt und somit zu einem handelbaren Finanzprodukt. InvestorInnen sollen in Zukunft für diese Produkte weniger Kapitalreserven halten müssen, wenn sie die Qualitätskriterien der EU-Kommission erfüllen. Doch die Verbriefung von Krediten war zentraler Auslöser der Finanzkrise 2008. Diese Instrumente nun zu fördern und sanfter zu regulieren ist verantwortungslos und macht eine neue Finanzkrise noch wahrscheinlicher. Attac fordert das Gegenteil: Verbriefungen und andere Derivate strenger zu regulieren und teilweise sogar abzuschaffen.

von Lisa Mittendrein

5

EU-Kommissar Hill will außerdem die neuen Regulierungen überprüfen, die nach der Finanzkrise eingeführt wurden. „Unnötige Belastungen“, die negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, sollen wieder abgeschafft werden. Tatsächlich bedeutet das die erneute Deregulierung des europäischen Finanzsektors.

Probleme liegen im überdimensionierten Bankensektor

Die EU-Kommission argumentiert, dass die Kapitalmarktunion die Wirtschaft stärkt, dabei hilft die Krise zu überwinden und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Probleme der europäischen Wirtschaft liegen jedoch ganz woanders: Es sind der überdimensionierte Bankensektor, der Standortwettbewerb sowie Armut und Arbeitslosigkeit als Folge der Kürzungspolitik. Die Behauptung, die EU könnte durch mehr Finanzprodukte für KMU aus der Krise kommen, ist absurd.

Tatsächlich müssen KMU und Krisenbekämpfung als Vorwand für eine Politik erhalten, die nur den großen Finanzinstitutionen nützt. Die Pläne zur Kapitalmarktunion werden vor allem der europäischen Finanzindustrie neue Profitquellen eröffnen und erneute Deregulierung ermöglichen. In unserem Interesse ist das nicht.

der pariser klimavertrag kein grund zum feiern

Angesichts der Klimakrise benötigt unser Planet eine grundlegende Veränderung der Art und Weise, wie wir wirtschaften, handeln und leben. Attac hat daher gemeinsam mit anderen Organisationen die Initiative „System Change, not Climate Change“ in Österreich ins Leben gerufen. Diese ist Teil einer globalen Bewegung und wird allein in Österreich von über 110 Organisationen unterstützt.

Ein zentraler Aspekt unserer Arbeit ist der Widerstand gegen falsche Klimallösungen, wie sie von den Regierungen etwa beim Klimagipfel in Paris vorangetrieben wurden.

Hunderttausende für Klimagerechtigkeit auf den Straßen

Schon am Wochenende vor Beginn des Klimagipfels gingen weltweit Hunderttausende für einen Systemwandel auf die Straßen. Auch in Wien, Graz, Linz und Innsbruck folgten Tausende unserem gemeinsamen Aufruf. Das Ziel, mit Bussen zu den geplanten Demonstrationen nach Paris zu reisen, wurde durch das heftig kritisierte Demonstrationsverbot der französischen Regierung infolge der Terroranschläge

vereitelt. Dennoch ließen sich zum Ende des Gipfels mehr als 30.000 Menschen in Paris nicht das Recht nehmen gegen das Abkommen zu protestieren. Denn dieses trägt die Handschrift der großen Klimaverschmutzer. Ölkonzerne, Agrarmultis und der Finanzsektor können damit ihre Profitinteressen absichern und von den wahren Ursachen des Klimawandels ablenken.

Warum das Pariser Abkommen unser Klima nicht retten wird

Das Pariser Abkommen beinhaltet keinerlei verpflichtende oder gar einklagbare Sanktionen zur Emissionsreduktion, keine konkreten Maßnahmen und keinen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Das propagierte globale Ziel die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen liegt damit in weiter Ferne. Die freiwilligen und nationalen Zusagen werden nach aktuellem Stand zu katastrophalen 2,7°C bis 3,7°C Erderwärmung führen. Gültig ist der Vertrag erst ab 2020 – dann, wenn der CO₂-Ausstoß, der zu 1,5°C-Grad Erwärmung führen wird, bereits erreicht ist. Die nationalen Beiträge sollen zudem erst ab 2023 alle fünf Jahre überprüft und unverbindlich nachgebessert werden.

von David
Walch



Das Ziel „in der zweiten Jahrhunderthälfte“ ein Gleichgewicht zwischen Emissionsausstoß und -bindung zu erreichen ist völlig unkonkret und bedeutet keineswegs das Aus für fossile Brennstoffe. So kann weiterhin am einen Ende der Welt Öl verbrannt werden, wenn am anderen Ende CO₂ gespeichert wird – in Wäldern, Böden, gentechnisch manipulierten Pflanzen oder mittels riskanter Technologien. Das Abkommen öffnet für jene Länder, die am meisten emittieren, die Möglichkeit sich über Marktmechanismen aus ihrer Verantwortung freizukaufen.

Internationale Klimapolitik stellt Wachstums- und Profitlogik nicht infrage

Paris erhält zwar die Klimakonvention am Leben. Um das 1,5°C-Grad-Ziel zu erreichen müssten aber zwischen 80 und 90 Prozent der fossilen Energieträger im Boden bleiben. „Dabei betragen die weltweit bekannten Öl- und Kohlereserven heute 35 Trillionen Dollar“, meint etwa Ulrich Brand, Professor für internationale Politik an der Universität Wien. „Diese enormen Profitinteressen und Machtstrukturen stützen ein Produktions- und Konsummodell, das auch die Logik der internationalen Klimapolitik bestimmt. Um diese erfolgreich zu ändern müssten sich die Regeln und Grundsätze der Weltwirtschaft nach den Klimazielen richten - und nicht umgekehrt.“

Die globalen Handelsströme sind für fast ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Doch während Regierungen im Handelsbereich laufend sanktionierbare Abkommen im Interesse transnationaler Konzerne vorantreiben, bleibt das Klimaabkommen völlig zahnlos. TTIP, CETA, TPP oder TiSA werden den Güterhandel ausweiten, Dienstleistungen weiter liberalisieren und zu noch mehr Emissionen führen. Zusätzlich bekommen Konzerne exklusive Klagerechte, welche die Handlungsspielräume für zukünftige Maßnahmen im Bereich Energiewende und Klimaschutz massiv einschränken. TTIP & Co. zu stoppen bedeutet daher auch einen Beitrag zur Rettung unseres Klimas zu leisten.

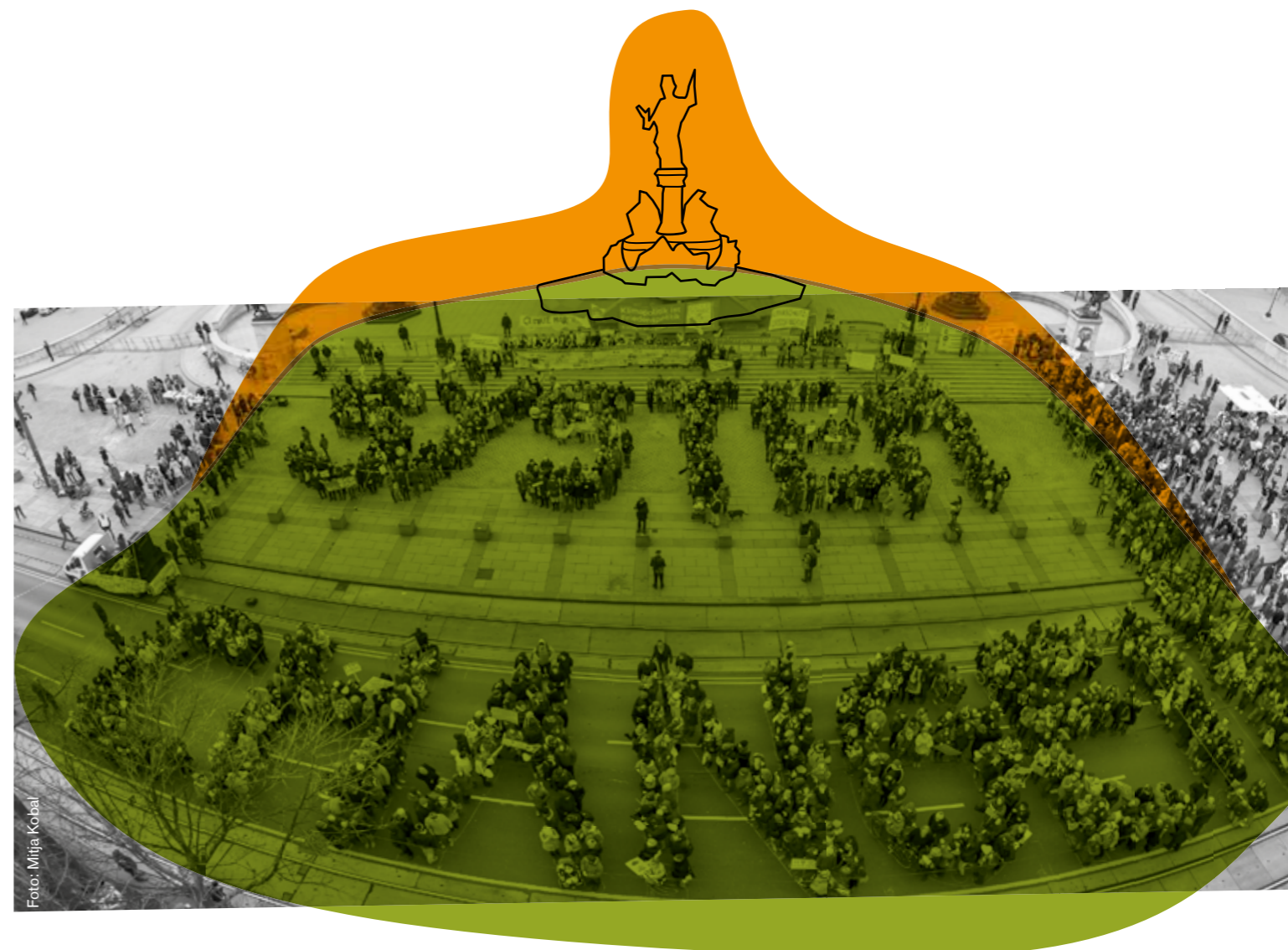


Foto: Mijla Kobal

Aktion vor dem Parlament im November 2015

In Paris wurden die letzten menschenrechtlichen Referenzen in die unverbindliche Präambel verfrachtet. Künftige „Klimaschutzmaßnahmen“ werden somit weiterhin die Rechte indigener Gemeinschaften verletzen – darunter etwa Waldschutzprojekte, mit denen sich große CO₂-Emittenten in Industrieländern freikaufen, wie die Menschenrechtsorganisation FIAN kritisiert.

Auf Betreiben großer Verschmutzer enthält der Vertrag keine Grundlage für Haftung oder Schadensersatz für klimawandelbedingte Schäden und Verluste. Das Abkommen sieht vor, vorerst ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar für „Entwicklungsländer“ zu „mobilisieren“ um Anpassungs-



maßnahmen zu finanzieren. Im Vergleich: Laut Internationaler Energiebehörde IEA betragen die Subventionen für fossile Brennstoffe pro Jahr fünfmal mehr.

Auch für die globale KleinbäuerInnenbewegung La Via Campesina ist der Vertrag eine Mogelpackung. Die industrielle Landwirtschaft gehört durch Massentierhaltung, Abholzung und hohen Einsatz von synthetischen Düngern zu den größten Verursachern von Treibhausgasen. Sie wird im Vertragstext nicht einmal erwähnt. Mit Hilfe von Emissionshandel und Kompensationsmechanismen können Landgrabbing und die Spekulation mit natürlichen Ressourcen fortgesetzt werden. Und mit „Climate Smart Agriculture“ forcieren großen Agrarkonzerne Monokulturen, Industrialisierung und Gentechnik.

„System Change, not Climate Change!“ arbeitet weiter

Doch Paris war nicht das Ende unseres Engagements. „System Change, not Climate Change“ wird seine Arbeit fortsetzen und die dringend notwendige Diskussion über Alternativen zur aktuellen klimaschädlichen Wirtschaftspolitik vorantreiben. Von den Regierungen sind keine ernsthaften Lösungen für die Klimakrise zu erwarten. Lösungen werden nur von unten, vom lokalen und globalen Widerstand der Menschen, kommen.

Mehr Infos und Forderungen:
www.systemchange-not-climate-change.at

CETA

dreister plan für TTIP durch die hintertür

Während TTIP noch immer verhandelt wird und wir aufgrund des immer größer werdenden Widerstands es geschafft haben, den Abschluss von TTIP im Dezember 2015 erfolgreich abzuwehren, stehen wir für 2016 vor der Herausforderung die Mini-Version von TTIP – das EU-Kanada-Abkommen CETA (Comprehensive Economic Trade Agreement) – zu verhindern. Dieses Abkommen ist bereits fertig verhandelt und wird für den Ratifizierungsprozess vorbereitet.

Beim Verfassen dieses Textes ist noch immer nicht klar, ob lediglich der Rat der Handels- und WirtschaftsministerInnen und das Europäische Parlament oder doch auch nationale Parlamente das Abkommen ratifizieren müssen. Die EU Kommission wünscht sich ersteres; die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben bislang behauptet, sie wollten auch eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten. Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, dass CETA auch von nationalen Parlamenten ratifiziert werden muss! Darüber hinaus müssen wir EU-weit alles dafür tun, dass letztlich auch das EU Parlament diesem Abkommen eine Absage erteilt.

Die Argumente der CETA-BefürworterInnen lauten gleich wie jene für TTIP: Steigerung des Wirtschaftswachstums und damit Arbeitsplätze durch den Wegfall von Zöllen und handelshemmenden Regulierungen. Somit könnte mehr exportiert werden. Aber: *CETA enthält all jene Dinge, die wir bereits massiv an TTIP kritisiert haben!*

von
Alexandra
Strickner
und Michael
Torner

CETA = Sonderklagerechte für

Konzerne auf Kosten der Demokratie

Mit CETA drohen die gleichen Schiedsgerichtsverfahren wie mit dem EU-USA-Abkommen TTIP. US-Konzerne müssten lediglich eine Tochterfirma in Kanada eröffnen und könnten so mittels CETA europäische Staaten verklagen, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern. Daran wird auch ein Investitionsgerichtshof nichts (der jetzt als „großartige Änderung“ im Anhang des Abkommens festhalten werden soll) ändern. Damit wollen die EU Kommission und CETA/TTIP-BefürworterInnen wie z. B. die europäischen Konservativen und viele der SozialdemokratInnen im Europaparlament uns weismachen, jetzt sei alles gut und unsere Sorgen und Kritik wären aufgegriffen worden.

CETA = Kein Zurück nach Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen

Die EU und Kanada verpflichten sich mit CETA, bisher durchgeführte Deregulierungen und Privatisierungen nicht mehr rückgängig zu machen. Wenn eine Gemeinde, ein Bundesland oder ein Staat sich dennoch dazu entschließt, drohen künftig teure Konzernklagen aufgrund entgangener Profite. Rekommunalisierungen von Stadtwerken, Krankenhäusern oder Verkehrslinien würden schlicht unbezahlbar. Ähnliches würde für Vorhaben wie die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung gelten. Schon mit der bloßen Androhung einer Klage könnten Versicherungskonzerne ein solches Projekt für alle Zeit stoppen.

CETA = Türöffner für Gentechnik

CETA ersetzt das in der EU geltende Vorsorgeprinzip durch ein Prinzip, das angeblich „wissenschaftsbasiert“ sein soll: Potentiell gefährliche Produkte und Technologien können demnach erst aus dem Verkehr gezogen werden, wenn ihre Schädlichkeit zweifelsfrei nachgewiesen ist – und damit oft viel zu spät. Gentechnik kann auf diese Weise durch die Hintertür wieder auf unsere Teller kommen.

CETA = Fracking und Ölsand-Treibstoffe: Gefahr für unsere Umwelt

Explosiver Export: CETA würde Fracking und Ölsand-Treibstoffe nach Europa bringen. Schon seit Verhandlungsbeginn 2009 liegt eine EU-Treibstoffrichtlinie auf Eis, die ein Importverbot für kanadische Ölsand-Treibstoffe bedeuten würde. Ölsand-Treibstoffe sind um 23 Prozent klimaschädlicher als herkömmliche fossile Treibstoffe, für ihre Gewinnung werden riesige Landstriche verwüstet. Die Öl-Lobby drängt auf einen CETA-Beschluss, bevor die Treibstoffrichtlinie kommt. Denn wenn CETA in Kraft ist, können Exxon, Chevron & Co. Regeln zum Klimaschutz leicht weglassen. Und mit dem Investorenschutz können sie zukünftig allfällige unliebsame Gesetze entweder aushebeln oder sich teuer bezahlen lassen. Klimaschutz wird unmöglich oder viel teurer mit CETA. Die Klage von Transcanada – ein Unternehmen, das eine Pipeline für Ölsande bauen wollte – ist der beste Beweis dafür. Anfang 2016 reichte Transcanada bei der Weltbank die Klage gegen die USA wegen des Neins zu dieser Pipeline ein.

CETA = Dreister Plan:

TTIP durch die Hintertür

Würde CETA ratifiziert und umgesetzt werden, dann würden nicht nur all die oben beschriebenen Dinge kommen. Dann würden nicht nur kanadische transatlantische Konzerne die Vorteile des Investitionsschutzes in der EU genießen, sondern auch US-amerikanische Konzerne. Denn die kanadische Wirtschaft ist weitestgehend von US-Unternehmen dominiert. Mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Kanada stammen aus den USA. Praktisch alle namhaften US-Konzerne haben Tochterfirmen und Niederlassungen in Kanada und können mittels CETA europäische Staaten verklagen, wenn deren Gesetze ihre Gewinne schmälern. Allein bis Ende 2013

wurden 22 % aller bekannten ISDS-Fälle von US-Investoren angestrengt, und die überwiegende Mehrheit der Anwaltsfirmen, die Kläger und/oder Staaten vertreten, sind in den USA beheimatet.

CETA ist TTIP 1.0!

Mit CETA käme TTIP durch die Hintertür - wir wollen CETA genauso wenig wie TTIP! Mach mit und werde Teil der österreichischen und europäischen Bewegung, die CETA verhindert!

Nähere Informationen unter
www.attac.at/ttip

Aktion in
Innsbruck



die stille neoliberale revolution geht weiter

der fünf-präsidentenbericht der EU

Der neoliberale autoritäre Umbau der EU läuft munter weiter. Ausgangspunkt für die neuen Reformpläne ist der sogenannte 5-Präsidentenbericht mit dem Titel „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“. Der Plan besteht aus vier Elementen: einer „echten“ Wirtschaftsunion, einer Finanzunion, einer Fiskalunion und einer politischen Union. Wer hinter diesen Begriffen die Behebung der fundamentalen Konstruktionsfehler der Eurozone, beispielsweise den Aufbau von Handelsungleichgewichten, Druck auf Löhne oder die Entdemokratisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen vermutet, hat weit gefehlt.

Die Grundprinzipien der Vorschläge sind:

- Löhne werden nur als Kostenfaktoren für Unternehmen wahrgenommen. Im Sinne der „Wettbewerbsfähigkeit“ sollen sie weiter gedrückt werden.
- TechnokratInnen erhalten stärkere Eingriffsrechte bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen.
- Die Rechte der Parlamente, über Budget- und Wirtschaftspolitik zu entscheiden, werden weiter ausgehöhlt.
- Eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte in Europa soll auf den Weg gebracht werden.

Um Widerstand gegen die neuen Maßnahmen zu erschweren, werden sie in kleine verdauliche Portionen aufgeteilt, die auf den ersten Blick „halb so schlimm“ erscheinen. Dabei werden hier in Summe drastische Veränderungen geplant. Dazu gehören:

- Die Schaffung „unabhängiger“ nationaler Wettbewerbsräte, die Leitlinien für die Lohnentwicklung und „Strukturreformen“ vorschlagen sollen. Diese sollen dann Basis für die Lohnverhandlungen der SozialpartnerInnen sein. Auf diese Weise werden der Druck zu Lohnsenkungen und der weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes institutionalisiert.
- Die Schaffung eines „unabhängigen“ europäischen Fiskalrates.
- Eine verstärkte Überwachung der makroökonomischen Ungleichgewichte und engere Verzahnung mit Strukturförderungen: Bei Reformunwilligkeit gibt es kein Geld.
- Maßnahmen in Richtung „Banken- und Kapitalmarktunion“ – allerdings ohne die Grundprobleme der Banken (Stichwort: „too big to fail“) anzugehen.
- Ein Mechanismus zur „fiskalischen Stabilisierung“ des Euroraumes bei schweren wirtschaftlichen Schocks: Geld für Investitionen soll es nur im Gegenzug für neoliberale Strukturreformen geben.

von
Elisabeth
Klatzer

12

Die Pläne zur Stärkung der politischen Union stellen eine Verhöhnung demokratischer Werte und Traditionen dar. Für die Parlamente gibt es nur unverbindliche Dialoge, Austausch und Debatten, von verpflichtender Einbindung und Mitbestimmung der Parlamente ist auch weiterhin keine Rede.

Der Europäische Rat hat im Dezember 2015 bekräftigt, dass die Arbeit schnell vorangehen soll. Wir müssen also weiterhin wachsam sein und deutlich hörbaren Widerstand leisten. Denn sonst ist die sich auf leisen Sohlen einschleichende autoritäre Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht aufzuhalten.

Dieser Text erschien in Langfassung zuerst auf: mosaik-blog.at/eu-die-stille-neoliberale-revolution-geht-weiter

finanztransaktionssteuer: trippelschritte statt großer sprünge

einigung steht politisch weiter auf der kippe

Über vier Jahre nach ihrem Start befinden sich die Verhandlungen über die europäische Finanztransaktionssteuer (FTS) weiterhin in der „Entscheidungsphase.“ Dort wo große Sprünge nötig sind, geht es nur in Trippelschritten voran.

Unter der Koordination von Österreich haben sich die FinanzministerInnen im Dezember 2015 dennoch auf erste Eckpunkte geeinigt.¹ Diese entsprechen sicher nicht unserer Idealvorstellung, zudem sind wichtige Details nach wie vor offen. Ein klarer Sieg der Finanzlobby hätte jedoch anders ausgesehen.

Erste technische Details: Licht und Schatten

Bei der Bewertung gibt es viele technische und schwer verständliche Details. Diese entscheiden jedoch darüber, wie effektiv die Steuer letztlich sein wird. Jede Ausnahme schwächt die regulierende Wirkung sowie die Einnahmen.

Positiv ist, dass Derivate grundsätzlich besteuert werden sollen. Auch dass sowohl KäuferInnen als auch VerkäuferInnen und jede einzelne Transaktion (und nicht nur der Nettobetrag bei Geschäftsschluss) besteuert werden sollen, ist zu begrüßen. Zudem sollen für Derivate das Ansässigkeitsprinzip und das Ausgabeprinzip zur Anwendung kommen. Damit werden auch Transaktionen weit über die zehn Länder hinaus erfasst und Fluchtmöglichkeiten von der Steuer sehr schwierig².

Nicht erfasst werden soll der Handel mit Devisen und Staatsanleihen, ebenso Derivate, deren Basis zu 100 Prozent Staatsanleihen sind. Auch Ausnahmen für „Market Making“ (HändlerInnen, die sich verpflichten zu jedem Zeitpunkt zu handeln, was den Markt liquider machen soll) sind vorgesehen. Falls es dabei nicht zu einer sehr engen Definition kommt, wird damit Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Zu den wichtigsten offenen Fragen gehören nun die Höhe des Steuersatzes und der Umgang mit Pensionsfonds.

Eine Einigung im Sommer 2016 wäre besser als nichts. Doch weitere Versuche die Steuer zu verwässern müssen bis dahin unbedingt verhin-

von
David Walch

13

dert werden. Leider gibt es bereits Anzeichen, dass der Finanzsektor versuchen wird die Pläne zur EU-Kapitalmarktunion zu nutzen, um die Finanztransaktionssteuer weiter auszuhebeln. Die Finanztransaktionssteuer steht damit politisch weiter auf der Kippe.

(1) Estland ist aus dem Projekt ausgestiegen, so dass jetzt noch zehn Länder dabei sind. Für das Mindestquorum bei solchen „Koalitionen der Willigen“ fordern die EU-Regelneuen Mitgliedsländer.

(2) Das Herkunftsprinzip besagt, dass alle im Geltungsbereich ansässigen Finanzinstitutionen steuerpflichtig sind. Ein Beispiel: Wenn die Deutsche Bank in Hongkong eine beliebige Aktie verkauft oder ein beliebiges Derivat kauft, ist die Steuer fällig. Zur Umgehung bleibt nur die Verlagerung des kompletten Firmensitzes, der oft teurer wird als die Steuer. Beim Ausgabeprinzip werden alle Vermögenswerte, die aus dem Geltungsbereich des Gesetzes stammen, registriert. Wenn etwa eine japanische Bank einem US-Hedgefonds eine Volkswagenaktie verkauft, wird die Steuer fällig.

die Femme Fiscale zeigt auf:

budgetpolitik geht anders!

Attac arbeitet im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Allianz "Wege aus der Krise" bereits seit fünf Jahren an der Erstellung von Alternativen zur Budgetpolitik der Regierung. Jedes Jahr wird ein alternatives Zukunftsbudget vorgelegt, das zeigt, dass Budgetpolitik anders – und besser – geht. Das Zukunftsbudget investiert in die soziale und wirtschaftliche Zukunft, fördert ökologische Nachhaltigkeit, stärkt Demokratie und Menschenrechte, reduziert Steuern auf Arbeit, baut Schulden ab und besteuert Überfluss.

Die Femme Fiscale, die sich 2015 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt hat, steht in der Tradition des Zukunftsbudgets und mischt sich in budgetpolitischen Fragen ein. Das Thema ist zu wichtig, um es der Regierung alleine zu überlassen. Die Initiative

Femme Fiscale setzt sich für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik ein. Viele Organisationen sind bei der Initiative dabei, unter anderem FeministAttac, Attac, Frauenring, Plattform 20.000 Frauen, AG Frauen/Armut der Armutskonferenz, Katholische Frauenbewegung, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen und OBRA (One Billion Rising Austria).

In ihrem Einsatz für eine gerechtere Budgetpolitik ist die Femme Fiscale im vergangenen Jahr öfters öffentlich aufgetreten. Anlässe gab es ja viele. So hat die Femme Fiscale unter dem Motto „Halbe/Halbe - auch bei der Steuerentlastung!“ eine faire Verteilung der Steuerentlastung gefordert. Denn die Regierung hat eine Reform vorgelegt, die nach dem Prinzip „Wer hat dem wird gegeben“ obere Einkommen viel stärker entlastet. 56% der Steuerentlastung kommen dem obersten Einkommensdrittel zugute.

Ein weiterer Anlass für einen Auftritt der Femme Fiscale war der Beschluss des Bundesbudgets im Herbst

von Elisabeth Klatzer

14

2015 und damit verbundene weitere einseitige Entlastungen für Unternehmen. Die Femme Fiscale zeigte der Regierung beim Beschäftigungsgipfel „Care Revolution“ vor dem Parlament, wie durch dringend nötige Investitionen in Bildung, Pflege und Betreuung kurzfristig 15.000 neue Jobs, längerfristig durch Zweitrundeneffekte weit mehr, geschaffen werden können. Die Regierung hatte demgegenüber ja beschlossen, den Unternehmen 1 Milliarde Euro durch Senkung ihrer Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds zu schenken. Die Femme Fiscale argumentierte demgegenüber öffentlichkeitswirksam: „Investitionen in Menschen statt Geschenke an Unternehmen!“.



SambAttac bei der "Flüchtlinge Willkommen"-Demo im Oktober 2015

fluchtursachen statt flüchtende bekämpfen!

Das Flüchtlingsdrama macht das Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik auf dramatische Weise offensichtlich. Wir erleben eine erschreckende Entsolidarisierung unserer Gesellschaft - von rechten Parteien angeheizt und von immer mehr EU-Regierungen umgesetzt. Länder verschärfen Asylgesetze, bauen Grenzbarrieren oder führen (wie in Österreich) sogenannte „Obergrenzen“ für Schutzsuchende ein. Während Kapital-, Güter- und Informationsströme in nie gekanntem Ausmaß Grenzen überschreiten, errichtet die EU gegen Menschen auf der Flucht eine undurchdringbare, oft todbringende Festung - an den Außengrenzen durch Stacheldraht und Mauern, im Inneren durch eine in vielen Ländern inhumane und unsolidarische Asylpolitik.

Vorstand Attac Österreich

15

Gleichzeitig weigern sich die Regierungen die zunehmenden Gründe für Flucht ins Zentrum ihrer Politik zu stellen und dafür Lösungen zu erarbeiten. Dabei sind Krieg und Armut untrennbar mit der gegenwärtigen Form der Globalisierung verbunden: Eine auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ gedrillte EU-Handels- und Agrarpolitik zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen weltweit. Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zu explodierender Ungleichheit, zu Spekulation auf Nahrungsmittel und zu unmittelbarer Zunahme des Hungers geführt. Unser auf fossilen Rohstoffen basierendes Produktions- und Konsummodell ist verantwortlich für den Klimawandel. Nicht zuletzt sind zahlreiche militärische Konflikte direkte Folge von ökonomischer Unsicherheit sowie Mittelpolitökonomischen Vormachtstrebens.

Diktaturen werden politisch oder durch Waffenlieferungen unterstützt, solange dies wirtschaftliche Vorteile verspricht.

Die aktuelle Entsolidarisierung ist aber auch Folge einer zunehmend stärker neoliberal geprägten EU-Politik. Diese führt dazu, dass immer mehr EuropäerInnen von Armut und Ausgrenzung betroffen oder von sozialem Abstieg bedroht sind, während der Reichtum des „einen Prozent“ keine „Obergrenze“ kennt und immer schneller wächst.

Attac tritt seit mittlerweile 15 Jahren für ein Wirtschaftssystem ein, das die Rechte von Menschen und nicht die Rechte des Kapitals in den Vordergrund stellt. Das schließt auch ein, dass Personen, die vor Krieg und Elend flüchten müssen, eine menschenwürdige Behandlung erfahren. Wenn wir in Österreich und Europa einen radikalen Wandel im Umgang mit den Schutz- und Asylsuchenden wollen, müssen wir uns nicht nur für konkrete gelebte Solidarität und gegen Rassismus einsetzen, sondern auch für die Sicherung der Lebensgrundlagen aller Menschen.

Attac unterstützt die Plattform für eine menschliche Asylpolitik: menschliche-asylpolitik.at



Foto: Erwin Schmitzberger



Fotos: GBW Wien

gutes leben für alle

– eine brauchbare utopie?

Im Februar 2015 fand an der WU Wien der erste „Gutes Leben für alle“-Kongress statt. Attac und die Allianz Wege aus der Krise waren MitveranstalterInnen. Mehr als 700 Menschen nahmen teil, fast 500 verfolgten die Diskussion per Livestream. Was ist dieses „Gute Leben für alle“? Was fasziniert an dieser Utopie?

Der Wohlfahrtsstaat in Westeuropa hat für ein paar Jahrzehnte Hunger und Elend gebannt und für fast alle ein gutes Leben real werden lassen - wenn auch nur ansatzweise, räumlich beschränkt, die Geschlechter ungleich ermächtigend und auf der (Aus)Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen aus dem globalem Süden aufbauend. Wie groß dieser zivilisatorische Fortschritt war, wird jetzt ersichtlich, wo Hunger, soziale Unsicherheit und Armut nach Europa zurückgekehrt sind.

Die Suche nach einem „gutem Leben für ALLE“ stellt die Frage nach Gerechtigkeit und Gleichheit. In der Menschheitsgeschichte lösten sich Zivilisationen ab, die ein gutes Leben für wenige und bestimmte Gruppen ermöglichten; auch im Kapitalismus führt nur ein Teil ein gutes Leben. Die Forderung nach dem „für alle“ ist eine Ansage an die Grenzen individuellen Glückstrebens und eine Erinnerung daran, dass die Chancen extrem ungleich verteilt sind. Hinzu kommt, dass sich die Frage nach einem „gutem Leben für ALLE“ heute angesichts der Klimakrise und des Wissens um die Endlichkeit der Natur gänzlich anders stellt. Wenn wir allen das Recht auf ein gutes Leben zugestehen, ist ein „Weiter wie bisher“ nicht möglich.

Sich damit auseinanderzusetzen heißt sich zu fragen: Wie wollen wir leben? Welche Lebensmittel wollen wir essen? Wie unsere Freizeit verbringen und für Kinder und Eltern sorgen?

Die Entwicklung konkreter Initiativen findet heute vielfach schon statt (z. B. in Lebensmittelkooperativen, Urban Gardening Initiativen, Leihläden, Wohnprojekten). Diese Basisinitiativen sind wichtige Orte für das Entwickeln und Erproben neuer Formen des Wirtschaftens, des Lebens

von
Alexandra
Strickner

18

und der Demokratie. Doch sie werden nicht ausreichen. Welche Institutionen und Infrastrukturen braucht es, damit alle Menschen ein gutes Leben führen können?

Das Konzept der „Infrastruktur“ stand daher im Zentrum des Kongresses. Denn es geht auch darum, sich von der falschen Vorstellung, Bedürfnisse könnten nur über Konsum befriedigt werden, zu verabschieden.

So wie gegenwärtig z.B. eine fossile Form von Mobilität erzwungen wird, könnte ebenso eine Mobilität ohne Auto ermöglicht werden (z. B. durch Begegnungszonen, City Bikes, Öffis und eine Stadt der kurzen Wege). Es geht also um geänderte Infrastrukturen; materielle wie soziale und mentale. Erst gute sozialökologische Infrastrukturen ermöglichen andere Lebensweisen. Dafür braucht es Bewegungen, die mit Strukturveränderungen experimentieren – und gesellschaftliche Mehrheiten. Das gute Leben für alle ist aus unserer Sicht eine konkrete Utopie. Der Kongress war ein anregender Schritt in diese Richtung.

Im Februar 2017 wird der zweite „Gutes Leben für alle“-Kongress stattfinden. Infos dazu ab Herbst 2016 unter: www.guteslebenfueralle.org

das war die AktionsAkademie 2015!

Auch im verflixten siebten Jahr haben wir es gewagt – und mit einem kleinen ehrenamtlichen Team die Aktions-Akademie 2015 im schönen Pregarten auf die Beine gestellt.

Die Vernetzung der Zivilgesellschaft gelingt am besten durch gemeinsames Tun an gemeinsamen Orten. Es braucht einen Raum, um zumindest ein paar Tage lang Utopien zu leben, Aktionen zu planen und eine lebenswerte Zukunft für alle zu erträumen.

Genau das taten wir vergangenen Mai in Pregarten in Oberösterreich: Auf der grünen Wiese vor der Volksschule entstand eine kleine Zeltstadt, die auch nach außen hin gut sichtbar ein reges Leben auskochenden, spielenden, musizierenden, arbeitenden und feiernden Menschen beherbergte. Die Atmosphäre war familiär, die Diskussionen anregend, und bald schon kannte beinahe jede/r jede/n vom Warten bei der Essensausgabe, einem gemeinsamen Workshop oder vom Frisbee-Spiel auf der sonnigen Wiese. „System Change – not Climate Change“ war in Hinblick auf die UN Klimaschutzkonferenz in Paris Ende 2015 unsere Devise, die einen Rahmen für das inhaltliche Programm schuf. In zahlreichen Workshops wurde von

über 100 Teilnehmenden diskutiert, wie sinnvoller Widerstand gegen (klimaschädliche) Fehlentwicklungen aussehen kann und welche Alternativen wir leben wollen. Von partizipativer Demokratie, Konflikttransformation und einer Hofführung am Biobäuerinnenhof bis hin zur Nähwerkstatt war alles dabei. Unser Anliegen trugen wir schließlich bei einem Demozug begleitet von Samba-Rhythmen und Clowns in die Öffentlichkeit.

Für eine köstliche Rundumversorgung mit bioregionalem Essen sorgte die Linzer VOKÜ, die sich auch als Aktionsform versteht und zum Mitmachen einlud. Ebenso bot das kulturelle Rahmenprogramm in Kooperation mit dem Kulturzentrum Bruckmühle eine spannende Ergänzung zu den Workshops – wie etwa die öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „System Change – not Climate Change“ mit VertreterInnen aus Politik, Landwirtschaft und Zivilgesellschaft. Der letzte Abend stand schließlich ganz im Zeichen des Feierns, wo wir die AktionsAkademie zu den Klängen von SambAttac und Mischkultur ausklingen ließen.

Alles in allem blicken wir auf eine kleine, aber feine „AA“ zurück und sehen den politischen Herausforde-

von
Theresa
Willerstorfer
und
Georg
Zenta



19



rungen des neuen Jahres zuversichtlich entgegen – denn was in Erinnerung bleibt, ist vor allem das wunderbare Gefühl mit unseren Anliegen nicht alleine zu sein! Wenn das kein weiterer Grund ist sich auf die AA 2016 zu freuen ...

AktionsAkademie 2016:
25. – 29. Mai in Riegersburg (Stmk).

Alle Infos unter:
www.attac.at/aktionsakademie und
www.facebook.com/aktionsakademie

arbeit neu denken!

das war die attac sommerakademie 2015

Arbeit betrifft uns alle. Viele haben eine (die sie vielleicht nicht oder nicht ganz so wollen), andere suchen verzweifelt eine um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Viele machen sich darüber Gedanken, was es überhaupt heißt zu „arbeiten“ und welchen Stellenwert das Konzept „Arbeit“ heute überhaupt haben kann.

Unter dem Titel "Arbeit neu denken! Tätigsein in einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft" kamen von 15. bis 19. Juli bei traumhaftem Sommerwetter viele Interessierte nach Wiener Neustadt zur 14. Attac Sommerakademie (kurz: SoAk), um sich bei knapp 60 Workshops und Seminaren und Plenarveranstaltungen zu informieren, zu diskutieren und natürlich auch zu feiern.

Das BRG Gröhrmühlgasse bot uns beste räumliche Infrastruktur für eine gelungene SoAk. Wir schufen einen Raum zur intensiven Auseinanderset-

zung mit dem politisch zeitlosen Thema Arbeit(en) und Tätigsein im Kontext eines an die Grenzen stoßenden hegemonialen Wirtschaftssystems. Arbeit, Tätigsein und Zeitwohlstand im Kontext einer solidarischen Postwachstumsökonomie und Postwachstumsgesellschaft zu denken und zu diskutieren waren inhaltliche Höhepunkte der Sommerakademie.

Das reiche Angebot an inhaltlichen Veranstaltungen sowie das kulturelle und musikalische Abendprogramm zeichnete sich durch große Vielfalt und hohe Professionalität der Vortragenden und ReferentInnen aus. Wie in den letzten Jahren gab es auch 2015 wieder Live-Streams der Podiumsdiskussionen (auch zum Nachsehen auf der Website), einen Themen- und Initiativenparkplatz und umfangreiche Möglichkeiten zur Vernetzung und Projektplanung.

Ein Fokus lag auch auf der Erörterung und Diskussion von alternativen Ansätzen und wesentlichen inhaltlichen Positionen, die in der Mainstream-Debatte und Politik immer noch recht selten Gehör finden. Darunter z.B. Postwachstumstheorien (DeGrowth, solidarische Ökonomie) in Bezug auf Arbeit, Arbeitsplätze und Entwicklung; Ansätze der feministischen Ökonomie; Wohlstand und so-

von
Wilhelm
Zwirner

20

zial-ökologische Transformation; Tätigsein, Müßiggang, Grundeinkommen und Zeitwohlstand; Eigentumsverhältnisse, Ansätze solidarischer Ökonomie und Commons; Demokratie am Arbeitsplatz / Wirtschaftsdemokratie; Arbeit, Migration, globale Armutsbekämpfung und sozialer Friede.

Darüber hinaus fanden auch zwei Themenabende mit politisch höchst aktuellem Inhalt statt: „Brennpunkt Griechenland“ und „COP21 Klimaveranstaltungstreffen“.

Beim Umzug durch Wiener Neustadt (diesmal am Samstag Vormittag!) konnten wir besonders viele Menschen auf die SoAk und die Themen und Anliegen von Attac aufmerksam machen. Höhepunkt des SoAk-Umzugs 2015: SambAttac traf auf den Musikverein Breitenau! Da wurde gemeinsam musiziert, und SoAk-TeilnehmerInnen und PassantInnen schwingen am Marktplatz das Tanzbein.

Wir freuen uns auf die SoAk 2016!
13. - 17. Juli 2016 in Schrems (NÖ).
(alle weiteren Infos demnächst auf
www.attac.at/sommerakademie)



neues aus der bewegung für ernährungs- souveränität

Auch im Jahr 2015 gab es wieder Halbjahres-Treffen der Bewegung für Ernährungssouveränität. Beim Frühjahrstreffen in Villach hat sich Nyéléni Austria unter anderem erstmalig als Bewegung mit „System Change, not Climate Change“ beschäftigt und das Positionspapier unterschrieben.

Die internationale Organisation für solidarische Landwirtschaft hat im August in China ihr 6. Treffen abgehalten. Auch Österreich war vertreten. Aus dem Reisebericht von Stephan Pabst im Newsletter der CSAs (community-supported agriculture, solidarische Landwirtschaft):

„Meine Reise als europäischer Delegierter zur 6. Internationalen CSA-Konferenz ist ein Aufbruch in eine ganz andere Welt, ein Wiedersehen von Freunden und ein Türöffner, der bisherige Grenzen meiner Liebe zur CSA-Idee aus dem Weg räumt. In einem völlig anderen Kulturkreis wird schnell klar: Die Gemeinsamkeiten der CSA-Bewegung sind universell und auf alle Menschen anwendbar.

Auch wenn die Voraussetzungen andere sind.“

Im Herbst war Nyéléni Austria mit Infoständen beim Alternatiba Straßenfest und beim Permakultur-Forum vertreten.

Am Herbsttreffen in Mutters wurden die frisch gefallene Milchquote diskutiert und die gemeinsame Position zum Thema geschärft. Die aktuelle Landwirtschaftspolitik führt mit dem Wegfall der Milchquote zu noch mehr Konzentration. Wir fordern hingegen auch von der Politik, dass dezentrale regionale Vermarktungsstrukturen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Weiters wurde ein Beitrag zum System Change Aktionstag am 29. November entworfen. AktivistInnen haben aus dem Supermarkt-Müll gestohlene Lebensmittel aus Einkaufswagen verteilt und dabei auf die Probleme des Supermarkt-Konzepts und mögliche Alternativen hingewiesen.

Im November gab es einen Workshop zu den Widersprüchen und Gefahren der "Climate Smart Agriculture" mit Francois Delvaux. Dabei wurden die Hintergründe dieser rein technischen Lösung zu den Prob-

von
Martin
Mayr

 **nyéléni Austria**
Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität

21

lemen der Landwirtschaft beleuchtet, die ein weiteres Mal zur Ausweitung der Macht transnationaler Konzerne führt, auch "Corporate Capture" genannt. Die Rechte von BäuerInnen bleiben dabei außen vor.

Die Monate November und Dezember standen ganz im Zeichen des Klimagipfels COP21. AktivistInnen von Nyéléni Austria haben in Wien, ganz Österreich und in Paris klar gemacht, dass auch dieses Mal wieder keine zukunftsfähigen Lösungen erarbeitet wurden.

Die Website www.ernaehrungssouveraenitaet.at wird jetzt von einem Redaktionsteam betreut und bietet somit mehr aktuelle Inhalte. Wir möchten so die Vielfalt der Bewegung besser darstellen und einen Überblick über die Bandbreite der Themen geben.

Wir gehen kämpferisch in das Jahr 2016 um Ernährungssouveränität als Eckpfeiler des guten Lebens für alle voranzutreiben. Dabei wird es ganz besonders um Landgrabbing in Europa und die Vorbereitung des zweiten europäischen Nyéléni Forums in Cluj, Rumänien, gehen.



you shall not pass!

Attac Graz Am 18. April riefen wir gemeinsam mit anderen Gruppen zu einem Protest für eine andere Handelspolitik auf. Der internationale



Aktionstag begann am Vormittag in der Grazer Innenstadt mit acht Infoständen, die verschiedene Aspekte der Auswirkungen von TTIP & Co. thematisierten: Demokratie, Umweltschutz, Ernährung, ArbeitnehmerInnenrechte, KonsumentInnenenschutz, Datenschutz, Was droht Graz? und Alternative Handelspolitik. Das große Interesse der Menschen war spür- und sichtbar, viele waren froh, dass wir über TTIP & Co. informieren. Der Ansturm auf die selbstorganisierte Europäische BürgerInneninitiative gegen TTIP und CETA war enorm; PassantInnen haben sich teilweise in Dreier-

reihen angestellt um sich eintragen zu können. An diesem Tag konnten wir über 1000 Unterschriften sammeln. Am Nachmittag zog ein bunter Protestmarsch mit 2500 KundgebungsteilnehmerInnen, begleitet von Sambatrommeln, quer durch die Innenstadt.

Die RednerInnenliste zeigte, dass die Allianz gegen TTIP & Co. von vielen Teilen der Gesellschaft unterstützt wird. Es sprachen unter anderem: Manuela Wutte (Attac), ein Nationalratsabgeordneter, ein Unterstützer von „KMU gegen TTIP“, ein Bürgermeister einer TTIP-freien Gemeinde und eine Bäuerin. Die RednerInnen kritisierten die Freihandelsprojekte aus der Perspektive ihrer Verantwortlichkeiten und Lebensverhältnisse.

Dieser Aktionstag gab uns einen kräftigen Motivationsschub. Für uns heißt es auch 2016 wieder: „TTIP & CETA & TiSA – You shall not pass!“

22

europa, quo vadis?

Attac Mödling & Umgebung Im Mai veranstalteten wir eine gut besuchte interessante Podiumsdiskussion zum Thema „Signal Griechenland? Sozialer Aufbruch in Europa?“. Wohin hat sich Europa inzwischen entwickelt? Darüber hat sich unsere Gruppe Gedanken gemacht:

Im September gab es Neuwahlen in Griechenland. Tsipras wurde wiedergewählt, allerdings mit großen Stimmenverlusten und einer Spaltung der Syriza-Partei. Was für eine große „Enttäuschung“ für die GriechInnen! Eine verpasste Chance für ganz Europa? Was, wenn Tsipras sich nicht von der „Troika“ hätte erpressen lassen und

sich den Eliten und deren Austeritätspolitik widersetzt hätte? Wäre Podemos in Spanien dadurch gestärkt worden? In England wurde Jeremy Corbyn im September neuer Vorsitzender von Labour – besonders junge Menschen hatten ihn gewählt. In Portugal stürzte die linke Mehrheit nach wenigen Wochen die konservative Regierung. Große Konfrontationen mit der EU sollen vermieden werden, dennoch wird die von den Gläubigern verordnete strenge Austeritätspolitik abgelehnt. Von völlig verarmten Ländern in der EU, wie Bulgarien und Rumä-

nien, in denen nur wenige Menschen ökonomischen und sozialen Aufstieg spüren, spricht kaum jemand ...

Um Griechenland ist es still geworden – Privatisierungen und Sparmaßnahmen gehen weiter. Die Menschen verarmen immer mehr, und gerade sie sind es, die den Flüchtenden, die übers Meer kommen, helfen.

Was läuft falsch in Europa? Höchste Zeit für einen Systemwandel!

salzburger protest gegen TTIP & co.

Attac Salzburg Ich begab mich, das muss ich gestehen, ohne viel Zuversicht zur Salzburger TTIP-Stopp-Demo am 18. April. „Sicher bloß die üblichen paar dutzend Leute“, dachte ich. Was für eine Überraschung, als ich beobachtete, wie sich der Platz vor dem neuen Unigebäude langsam aber stetig mit Leuten aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen füllte: PensionistInnen, Studierende, AktivistInnen und Menschen, die bislang noch nicht politisch aktiv waren. Am auffälligsten: Einige kamen mit dem Traktor! Zahlreiche Bauern und Bäuerinnen schlossen sich dem Protest an. Logisch, denn sie zählen zu jenen, die am härtesten und unbarmherzigsten von der Umsetzung des TTIP-Abkommens betroffen wären. Doch die für Salzburg riesige Menschenmenge gibt Hoffnung und legt nahe, dass unsere TTIP-Stopp-Kampagne entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen hat: Unermüdlich haben AktivistInnen im vergangenen Jahr die Öffentlichkeit auf Bauernmärkten, Plätzen und bei verschiedenen öffentli-

von Carlo Bosi

chen Veranstaltungen über TTIP & Co. informiert und auch entsprechend „agitiert“. Als sich am Aktionstag der bunte Menschenzug über die Brücken und entlang der Salzach zum Sitz der Wirtschaftskammer Salzburg am Julius-Raab-Platz bewegte, um dort u.a. dem von künstlerisch begabten

Attac Mitgliedern mit Mut und Fleiß auf die Beine gestellten Straßentheater beizuwohnen, da konnte sich die angesammelte Energie endlich entladen, und wir ließen die erfolgreiche Demo freudvoll ausklingen.



23

gemeinwohloökonomie

Attac Unteres Mühlviertel Zum Abschluss der WeltUmweltWochen der Stadt-gemeinde Gallneukirchen fand in Kooperation mit unserer Gruppe am 23. Juni die Veranstaltung „Gemeinwohloökonomie“ von und mit Christian Felber statt – mit über 400 BesucherInnen!

„Diese Wirtschaft tötet“, mahnt Papst Franziskus; OECD und IWF warnen vor wachsender Ungleichheit. Thatchers „There is no alternative“ (TINA) entgegnet Felber: „TAPAS – there are plenty of alternatives“. Denn in einer Demokratie muss es immer

Alternativen geben! Dem Neoliberalismus setzt Felber die Gemeinwohloökonomie entgegen. Deren Grundprinzipien lauten: nachhaltig, fair, demokratisch, kooperativ. Sie versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokaler Prozess mit globaler Wirkung, bei dem alle mitmachen können. Das Modell wird bereits von zahlreichen Wirtschaftsbetrieben praktisch umgesetzt. Aber auch Gemeinden können als „Gemeinwohlgemeinden“ diese Werte leben; wie etwa die vier Ge-

meinden im Vinschgau in Südtirol sowie Miranda de Azán in Spanien. Felber gelingt es scheinbar spielend, komplexe Zusammenhänge logisch und nachvollziehbar zu erklären, auch indem er das Publikum in seinen Vortrag einbezieht oder einlädt, über verschiedene Fragestellungen abzustimmen. In der spannenden Diskussion wurden durchaus kontroverse Standpunkte vertreten.

Als Attac-Gruppe Unteres Mühlviertel werden wir nun mit dem Stadtrat der Attac-Gemeinde Gallneukirchen überlegen, wie sich Ansätze der Gemeinwohloökonomie für unsere Kommune umsetzen lassen.

warum tun wir das?

Attac Wiener Neustadt Wir haben uns gegen TTIP engagiert, mit anderen Organisationen Veranstaltungen dazu und zur Gemeinwohlbank, zu „Gutes Leben für alle“ sowie zu Landwirtschaft durchgeführt (siehe dazu www.attac-WN.at). Highlight 2015 war die SoAk in Wiener Neustadt.

Von Zeit zu Zeit sollte man sich auch fragen, warum man tut, was man tut. Das haben wir getan, und unsere AktivistInnen antworteten folgendermaßen:

24

„Ich möchte in einer friedlichen Welt leben, in der es jedem Menschen gut geht und die Güter gleichberechtigt verteilt sind. Als Aktivistin von Attac kann ich meinen Teil dazu beitragen.“ *Ingrid Pogacnik*

„Ich bin überzeugt, dass ‚Ein gutes Leben für alle‘ möglich ist. Ich erlebe unsere Gruppe als eine für unterschiedliche Meinungen sehr offene, engagierte und dialogfähige Gemeinschaft. Jede/r kann sich mit den jeweiligen Talenten, Erfahrungen und Kompetenzen einbringen und ist eine Bereicherung für unsere Gruppe. Sich bei Attac zu engagieren ist SINN-stiftend.“ *Ch. Fischer*

„Ich möchte mithilfe Antworten auf einige Krisen zu finden und umzusetzen. Die Antworten können nicht simpel sein und sollen von der Idee eines guten Lebens für alle getragen werden. Ich habe einiges in die Gruppe einbringen können – noch mehr habe ich an Anerkennung, Wissen und Freundschaft zurückbekommen. Für mich ist es spannend bei Attac mitzumachen.“ *Fritzi Zauner*

„Attac ist eine der ganz wenigen Initiativen, die sich für eine Gesellschaft einsetzen, die den Mensch in den Mittelpunkt rückt. Attac erarbeitet Vorschläge für eine demokratische Gesellschaft, die allen Menschen die Chance bietet sich frei zu entwickeln, ohne dabei anderen zu schaden. Denn so wie es jetzt geht, geht's nicht weiter – und jeder Vorschlag zu einer Änderung ist willkommen.“ *Walter Kalod*

672-mal on air!

radio%attac Unabhängig, vielseitig und abseits des Medienmainstreams: Seit 2003 gestalten wir jede Woche eine halbstündige Sendung zu Attac-Themen und aktuellen politischen Ereignissen. Wir schaffen eine Öffentlichkeit für Informationen und Menschen, die in den etablierten Medien viel zu selten zu Wort kommen. radio%attac ist in ganz Österreich und sogar über die Landesgrenzen hinaus auf den freien Radios zu hören. Alle Sendungen zum Nachhören sowie eine Liste der Frequenzen gibt's auf www.radioattac.at

Wer Lust hat bei radio%attac mitzumachen ist herzlich willkommen! Je mehr Menschen sich bei uns engagieren, desto vielfältiger und bunter wird das Programm. Radio machen ist leichter als ihr glaubt!

Die technischen Hürden sind schnell überwunden, zudem bieten wir jedes Jahr auf der SommerAkademie ein mehrteiliges radio%attac-Seminar an.

Kontakt: radio@attac.at

Ein anderer Ton ist möglich!



sambattac – eine querschnittsgruppe

SambAttac ist Querschnitt in vielerlei Hinsicht – im Querdenken und Queerhandeln, musikalisch mit Samba-, Funk- und Reggaerhythmen, in der Zusammenstellung der SpielerInnen und in der Vielfalt unserer Aktivitäten. Wir sind also „breit aufgestellt“, GeneralistInnen des politischen Ausdrucks(tanzes), AgitatorInnen an den Trommeln. Wir legen jedes Jahr viele Kilometer zurück, üben stundenlang, reparieren unsere Instrumente, planen und feiern gerne. Möglich machen das all die Menschen, die in über zehn Jahren geholfen haben SambAttac als offene Gruppe aufzubauen, mitzutragen, umzugestalten, aufzupäppeln und hoch fliegen zu lassen. Dankeschön!

25

Im letzten Jahr ließen wir die Idee vom „Guten Leben für alle“ gezählte 47 Mal auf Schallwellen reiten. Zum Beispiel bewegte uns das Chaos in der europäischen Asylpolitik und die katastrophale Behandlung der Flüchtlinge gemeinsam mit tausenden MitdemonstrantInnen am 31. August auf die Mariahilferstraße. Wir wollen „Mensch sein in Österreich“ und dies auch anderen ermöglichen. Über den Sommer haben wir im Rahmen von connect.erdberg wöchentliche Workshops für unbegleitete minderjährige

Flüchtlinge veranstaltet. Fragt sich nur: Wer hat mehr von wem gelernt?

Übrigens: Die feschen bio-fairtrade T-Shirts von SambAttac kannst du unter www.attac.at/shop kaufen!



Foto: Max Heftischka

Infos zum Mitmachen:
community.attac.at/sambattac.html

Aktuelles und Events:
www.facebook.com/sambattac
Auftrittsfragen: samba@attac.at

jeder hieb gegen TTIP & CETA!

SeniorInnenAttac Der Begriff „Hieb“ stammt daher, dass gewachsene Ortsgebiete im 19. Jahrhundert bei der Schaffung der Wiener Bezirke oftmals zerschlagen wurden, das heißt „durch einen Hieb“ getrennt wurden.

Unsere Gruppe holte im Jahre 2015 zu verschiedenen „Hieben“ gegen TTIP, CETA & TiSA aus:

- Wir zogen in die Wiener Bezirke („Hiebe“) und ins Wiener Umland.
- Wir veranschaulichten eine Zukunft mit TTIP durch fiktive Pressepiegel mit Schlagzeilen wie: „Disney übernimmt die Vereinigten Bühnen Wien“, „Pizzas aus NY erobern Oberösterreich“, „Tafelspitz wird billiger“ u.s.w.
- Wir nahmen an den großen TTIP-Demonstrationen in Wien teil und unterstützten die KünstlerInnen bei ihrem Protest gegen die TTIP-Vorgaben.
- Auch bei „System Change, not Climate Change!“ waren wir aktiv und traten als „Omas und Opas gegen den Klimawandel“ an die Öffentlichkeit. Denn wir wollen Verantwortung gezeigt haben, wenn

die Enkelkinder uns fragen: „Oma und Opa, was habt ihr gegen den Klimawandel unternommen?“

- Einige Mitglieder unserer Gruppe führten eine intensive Korrespondenz mit österreichischen Abgeordneten zum EU-Parlament bezüglich ihres Abstimmungsverhaltens bei TTIP-Resolutionen.
- Weiters nahmen wir eine kritische Haltung gegenüber der Steuertarifreform ein (radio%attac-Sendung vom 11. Mai 2015).
- Mit der Vermögensuhr rufen wir zur notwendigen Umverteilung in Österreich auf. (www.vermoegensuhr.at).

bedingungsloses grundeinkommen schafft sicherheit

Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen auch mit GewerkschafterInnen aus drei Ländern diskutiert. Das herausragendste Ereignis im vergangenen Jahr war sicher die 8. Internationale Woche des Grundeinkommens von 14. bis 20. September 2015 mit ihren 45 Veranstaltungen in Österreich. Dabei wurde unter anderem

26

zielle) Sicherheit und mehr Freiheit im Leben statt Sicherheit auf Kosten der Freiheit – etwa durch verstärkte Zwänge und Überwachung. Denn wir stecken in einer Krise, die sowohl das Leben jeder und jedes Einzelnen wie auch das der gesamten Menschheit bedroht. Diese Krise ist sozialer, ökologischer und finanzieller Natur. Das bedingungslose Grundeinkommen stellt einen Ausweg aus dieser Krise dar. Dafür werden wir uns auch künftig mit aller Kraft einsetzen!



Foto: Fritz Hinterberger

„Mehr Freude im Leben für alle Geschlechter, bei allen ermöglichen Tätigkeiten ...“
Ulli & Klaus Sambor

Projekt Bank für Gemeinwohl – Gründen Sie mit!

Eine neue Bank entsteht, deren Idee ihren Ausgangspunkt bei Attac genommen hat: Die Bank für Gemeinwohl.

Ziel ist Maximieren des Gemeinwohls, nicht des Gewinns. Die Bank wird nicht spekulativ agieren und Geld aus Geld schöpfen, sondern der Gesellschaft dienen. Sie fokussiert auf das Kerngeschäft: Fördern der Realwirtschaft durch Vermitteln von Krediten. Dazu zählen Girokonten, Bankomat- und Kreditkarten.

Im Vordergrund stehen Transparenz und Partizipation. Die Bank wird offenlegen, was mit dem Geld der KundInnen geschieht (nämlich ausschließlich Förderung von gemeinwohlorientierten Projekten) und Möglichkeiten der Mitentscheidung über die Verwendung der Einlagen anbieten.

Hinter dieser Bank stehen nicht große Financiers, sondern sie gehört BürgerInnen in ganz Österreich. Dafür wurde eine freie Genossenschaft gegründet, die stetig wächst und die erforderlichen Finanzmittel bereitstellt. Ab 200 Euro kann jede/r mitgründen.

BankexpertInnen, ProjektmanagerInnen und viele andere Engagierte arbeiten bis auf ein kleines Kernteam ehrenamtlich, aus Begeisterung für die Sache. Weit über 100 Menschen sind österreichweit aktiv.



PROJEKT
BANK FÜR
GEMEINWOHL

Derzeit steht die Genossenschaft bei über 2 Millionen Euro an gezeichnetem Kapital (Stand Jänner 2016). Mit 6 Millionen Euro kann die Banklizenz bei der Finanzmarktaufsicht beantragt werden, danach wird es weiter Kapital gesammelt.
Gründen Sie mit unter: www.mitgründen.at

attac 2016

widerstand fortsetzen
und Alternativen stärken!

Das vergangene Jahr hat gezeigt, wie schwer es ist mit der vorherrschenden Politik zu brechen. Die Zerreißprobe, vor der die EU im Zuge der Euro- und Griechenland-Krise stand, wird sich heuer angesichts der Dynamik der Migrations- und Fluchtbewegungen weiter verschärfen.

2016 wird viele weitere wichtige Ereignisse mit sich bringen:

Der Kampf gegen TTIP/CETA/TiSA geht ins dritte Jahr; heuer wird CETA in den Ratifizierungsprozess kommen. Gemeinsam mit vielen Menschen und Initiativen in Österreich und Europa werden wir alles tun, um CETA zu verhindern, den Widerstand gegen TTIP & Co. weiter auszubauen und uns für gerechten Welthandel einsetzen.

Nach den enttäuschenden Ergebnissen der Klimakonferenz in Paris ist es wieder an der Zivilgesellschaft, Veränderungen voranzutreiben. Im Frühjahr werden AktivistInnen weltweit unter dem Motto „Break Free“ aufzeigen, dass wir mehr als 80 Prozent der fossilen Energieträger unter der Erde lassen müssen, wenn wir den Klimawandel begrenzen wollen. Attac wird sich weiterhin aktiv in die Bewegung „System Change, not Climate Change“ einbringen.

Vorstand
Attac
Österreich

27

2016 ist wohl auch das Jahr der letzten Chance für die europäische Finanztransaktionssteuer. Und bei den Steuertricks von Konzernen ist politisch auf EU-Ebene vieles in Bewegung gekommen. Wir werden bei diesen so wichtigen Themen den Druck aufrechterhalten, damit die Entscheidungen nicht nur im Interesse großer Konzerne ausfallen.

Im Frühjahr erscheint ein neues Attac Buch „Konzernmacht brechen“ im Mandelbaum Verlag. Wir wollen darin die wirtschaftliche Machtkonzentration im finanzdominierten Kapitalismus sichtbar machen und aufzeigen, welche Alternativen und Widerstandsbewegungen es gibt.

Immer mehr Menschen beobachten zunehmende Unfreiheit und Ungleichheit. Gleichzeitig zeigt sich ihnen das ökologische Desaster. Geltendes Recht und Rechtsempfinden klaffen auseinander. Was das mit dem Kapitalismus zu tun hat, wird beim 2016 in Wien stattfindenden Kapitalismustribunal erörtert. Wir sind dabei!

Im Herbst findet das zweite Nyéleni Europe-Forum in Rumänien statt. Dort wird die europäische Bewegung für Ernährungssouveränität ihre Alternativen austauschen, schärfen und entwickeln. Neue Formen des zukunftsfähigen Wirtschaftens werden täglich verwirklicht und verbessert.

Wir werden auch am Staatsschutzgesetz dran bleiben – dass nun auch in

Österreich AktivistInnen von einem Inlandsgeheimdienst unter Generalverdacht gestellt werden sollen, wird noch heftige Debatten nach sich ziehen.

Überall schließen sich immer mehr Menschen zusammen, um dem „guten Leben für alle“ trotz Konzernmacht und einer Politik für das „Eine Prozent“ Stück für Stück näher zu kommen. Sei auch du dabei!

Terminvorschau:

AktionsAkademie:
25. bis 29. Mai in Riegersburg (Stmk.)
Alle Infos unter www.attac.at/aktionsakademie

SommerAkademie:
13. bis 17. Juli in Schrems (NÖ).
Alle Infos unter www.attac.at/sommerakademie

Endlich mehr Geld.
Der ÖGB sagt Danke für über 880.000 Unterschriften!

STARK LOHNSTEUER GEMACHT. GESENKT

DABEI SEIN MACHT STARK

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

www.oegb.at/mitgliedwerden



49

Der Berufene hat kein eigenes Herz.
Er macht das Herz der Leute zu seinem Herzen.
Zu den Guten bin ich gut,
zu den Nichtguten bin ich auch gut;
denn das LEBEN ist die Güte.
Zu den Treuen bin ich treu,
zu den Untreuen bin ich auch treu;
denn das LEBEN ist die Treue.
Der Berufene lebt in der Welt ganz still
und macht sein Herz für die Welt weit.
Die Leute alle blicken und horchen nach ihm.
Und der Berufene nimmt sie alle an als seine Kinder.

LAOTSE, TAO TE KING

GEA
Gehen Sitzen Liegen

ÖSTERREICH · DEUTSCHLAND · SCHWEIZ
WWW.GEA.AT



Bessere Welt

ein Themenshop aus dem ÖGB-Verlag



Literatur und Medien

zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie

besserewelt.at, ein Themenshop des ÖGB-Verlags, präsentiert ausgewählte Literatur und Medien zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie – übersichtlich thematisch gegliedert, mit Empfehlungen, Rezensionen und Neuerscheinungen – auf Wunsch auch in einem monatlichen Info-Newsletter.

Hier finden Sie Bücher zu sozialpolitischen Themen – es geht um aktuelle politische Diskurse, soziale Bewegungen und um Anliegen wie: Verteilungsgerechtigkeit, Gleichberechtigung, nachhaltige und verantwortungsbewusste Produktion von Gütern und die Teilhabe daran.

www.besserewelt.at



Foto: Ecuador, Guayaquil 2015, Marco Samwell und trennt Müll © Jugend Eine Welt, Benedikt Hagedorn

Bitte schenken Sie Straßenkindern ein Zuhause!

Ihre Spende an Jugend Eine Welt gibt Straßenkindern Schutz in einem familiären Umfeld, ermöglicht den Schulbesuch und sorgt für eine bessere Zukunft.

Mehr Infos und online spenden unter www.jugendeinewelt.at



Spendenkonto RLB Tirol / IBAN AT66 3600 0000 0002 4000 / BIC/SWIFT-Code RZTIAT22 / Ihre Spende ist steuerlich absetzbar!



Foto: Indien, Contour Zentrum für Mädchen © Jugend Eine Welt, Nina Fritsche

Bildung überwindet Armut!

Bitte unterstützen Sie benachteiligte Kinder und Jugendliche bei der Ausbildung und beruflichen Qualifizierung.

Mehr Infos und online spenden unter www.jugendeinewelt.at



Spendenkonto RLB Tirol / IBAN AT66 3600 0000 0002 4000 / BIC/SWIFT-Code RZTIAT22 / Ihre Spende ist steuerlich absetzbar!

**GEDEN LOHN- UND
SOZIALDUMPING
IM VERKEHR!**

vida



**FAIR
TRANSPORT
JA!**

JETZT ONLINE DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE
UNTERSCHREIBEN AUF WWW.FAIRTRANSPORTEUROPE.AT

PENSION
KLIMESCH
an der Seepromenade

+43 (0)6232 / 25 63 • M.-Guggenbichler-Straße 13
5310 Mondsee • Österreich • s.klimesch@utanet.at
www.oberoesterreich.at/klimesch.mondsee



*A faire
Milch*



**A faire Milch –
Die Milchmarke für
Nachhaltigkeit und
Zukunft**



Ihr zinsenloses Darlehen hilft uns helfen!

Konkrete Hilfe für Kinder und Jugendliche:
unkompliziert & wirkungsvoll. Kontaktieren Sie
uns gerne telefonisch: +43 1 879 07 07 oder per
E-Mail: finanzen@jugendeinewelt.at

Mehr Infos und Details unter www.dasgutegeld.at



SONNENTOR

Ein
guter
T.T.I.P.
von uns:
Braucht
niemand!
#freihandelsabkommen





%attac